

Bericht: Herbsttagung 2006: Reformchancen und Reformbarrieren in der Energiepolitik

Im Rahmen des 23. Wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft an der Universität Münster führte der Arbeitskreis Politik und Technik am Donnerstagnachmittag, 28.09. und Freitagvormittag, 29.09.2006 eine Veranstaltung zum Thema: Reformchancen und Reformbarrieren in der Energiepolitik durch. Für die Koordination der Veranstaltung war Thomas Saretzki (Universität Lüneburg) verantwortlich.

In seiner Einführung „Energiepolitik, technischer Wandel und Reform“ hob Thomas Saretzki (Universität Lüneburg) zunächst hervor, dass Maßnahmen der Energiepolitik immer einen Bezug zu den Technologien haben, die zur Erzeugung, Verteilung und Nutzung von unterschiedlichen Energieträgern eingesetzt werden (sollen). Anschließend stellte er den Bezug der Veranstaltung des Arbeitskreises zur übergreifenden Fragestellung des DVPW-Kongresses nach der Reformfähigkeit von Politik und Gesellschaft her und ging dabei insbesondere auf das Spannungsverhältnis von politischen Reformen im Bereich der Steuerung der Energiewirtschaft durch Liberalisierung und den gleichzeitig geforderten Strukturwandel in Richtung einer „nachhaltigen Energieversorgung“ ein. Schließlich wies er darauf hin, dass die Papiere, die auf den Call for Papers zu dieser Veranstaltung eingegangen sind, nicht alle gegenwärtig in Politik und Öffentlichkeit diskutierten Probleme einer Reformpolitik im Bereich der Energieversorgung behandeln und insbesondere die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie – und ihr Wechselverhältnis mit anderen Faktoren der „Energiewende“ – in keinem der Papiere aufgegriffen worden ist.

Der Bestand an verfügbaren Energietechnologien ist auch das Ergebnis früherer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Bei eher beschränkten finanziellen Ressourcen sieht sich die staatliche Energiepolitik vor die Frage gestellt, wie sie durch eine Optimierung der staatlichen Forschungsförderung trotz insgesamt geringer Mittel eine möglichst große „Hebelwirkung“ erreichen kann. Diesem Ziel dient ein Projekt am Fraunhofer Institut für System- und Innovationstechnik, das eine systematisch angelegte Analyse und Bewertung von förderungswürdigen Technologien ermöglichen soll. Jürgen von Oertzen (ISI Karlsruhe) stellte dieses Projekt in seinem Vortrag „Reform der Energieversorgung durch optimierte Forschungsförderungspolitik?“ vor und fragte nach dem Beitrag, den eine verbesserte Informationsbasis (etwa über Brennstoffzellen oder Passivhäuser) für eine optimierte Forschungsförderungspolitik im Energiesektor leisten kann.

Die Notwendigkeit für Systeminnovationen und strukturellen Wandel mit dem Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung wird in vielen europäischen Ländern betont. Florian Kern (SPRU Sussex, Brighton) stellte in seinem Beitrag „Transition Management“ in der holländischen Energiepolitik - Ein Erfolgsmodell für Deutschland?“ den Politikansatz des „Transition Management“ vor, den der nationale Umweltplan von 2001 in den Niederlanden für die Reform des Energiesystems vorgesehen hatte, und diskutierte die Frage, was die deutsche Energiepolitik von den holländischen Erfahrungen bei der Implementation dieses Ansatzes lernen kann.

Zum Abschluss des ersten Teils der Veranstaltung am Donnerstag identifizierte Rüdiger Mautz (SOFI Göttingen) in seinem Vortrag „Der Ausbau der erneuerbaren Energien – Chancen und Barrieren“ auf der Grundlage eines Forschungsprojekts zur sozialen Dynamik der Energiewende einige charakteristische Merkmale, die die erfolgreiche Reformpolitik im Bereich der regenerativen Energieproduktion in Deutschland erklären können. Er verwies aber auch auf zunehmend ambivalente Folgen und Konfliktpotentiale dieser Entwicklung, die einer weiteren Expansion der erneuerbaren Energien Grenzen setzen können.

Im zweiten Teil der Veranstaltung am Freitagmorgen ging es zunächst um die Bedeutung der subnationalen Ebenen in föderalen Systemen, die bei einer Fokussierung auf die Bundesebene häufig unbeachtet bleiben. Danyel Reiche (FU Berlin/Georgetown University, Washington, D.C.) beleuchtete in seinem Beitrag „Zukünftiger Ausbau erneuerbarer Energieträger unter besonderer Berücksichtigung der Bundesländer“ die Möglichkeiten und Grenzen der Förderung erneuerbarer Energien durch landespolitische Maßnahmen und formulierte auf der Basis einer vergleichenden Analyse von Erfolgsfaktoren in unterschiedlichen Bundesländern praktische Handlungsempfehlungen für eine Unterstützung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien. Die kommunale und lokale Ebene stand im Zentrum des Vortrags von Dorothea Jansen und Ulrike Stoll (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer) über den „Einfluss politischer Regulierungsmaßnahmen auf die Innovationsstrategien von Stadtwerken – Lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen“. Auf der Basis von Daten aus einem Forschungsprojekt zur Diffusion von Energieeffizienz- und Klimaschutzinnovationen wurden Ergebnisse zu Determinanten des Einsatzes

konventioneller und innovativer Energieerzeugungsstrategien von lokalen deutschen Energieversorgungsunternehmen vorgestellt.

In den letzten beiden Vorträgen rückte die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer Dezentralisierung der Energieversorgung in den Vordergrund – eine reformorientierte Perspektive, der traditionell die Annahme von „natürlichen Monopolen“ angesichts der vorhandenen Struktur der Versorgungsnetze insbesondere im Stromsektor entgegengesetzt wurde. Neben der Alternative „fossile und nukleare vs. regenerierbare Energieträger“ spielt der Konflikt zwischen „zentralen vs. dezentralen Strukturen“ (der Erzeugung und Verteilung) von Energie eine große Rolle für die zukünftige Energiepolitik. In Abänderung seines Vortragsthemas stellte Philipp Späth (IFZ Graz) in seiner Präsentation über „Dezentrale Energieeinspeisung“ als energiepolitische Herausforderung. Zur Anwendbarkeit des ‚Advocacy Coalition Frameworks‘ am Beispiel Österreich“ konzeptionelle Überlegungen zur Nutzung des Ansatzes von Paul Sabatier in den Vordergrund. Dabei ging es ihm u.a. um die Frage, ob dieser Ansatz, der für retrospektive Erklärungen von langfristigem Policy-Wandel entwickelt wurde, auch für eine möglichst frühzeitige prospektive Betrachtung von erwartbaren Advocacy-Koalitionen und zukünftigem Politikwandel genutzt werden kann. Dierk Bauknecht (Öko-Institut Freiburg) ging in seinem Vortrag „Transformation der Stromwirtschaft: Die Rolle der Netze und ihrer Regulation“ u.a. auf die Probleme der Integration neuer dezentraler Erzeugungstechnologien in die Stromnetze und die Frage der Anpassung und Regulierung der Netzstruktur ein. Wie ein Vergleich zur „electricity network governance“ in Dänemark und dem Vereinigten Königreich zeigt, kann die erwartete Transformation der Stromwirtschaft und der Stromnetze durch unterschiedliche Regulierungsansätze gesteuert werden und sich unterschiedlich auf die Integration dezentraler Energieerzeugung auswirken. Die Abschlussdiskussion wurde durch einen Kommentar von Jan-Peter Voß (Öko-Institut Berlin) eingeleitet. Darin stellte der Kommentator insbesondere die Frage, ob Konzepte von Reform und Reformpolitik geeignet seien, aktuelle Veränderungen in der Energiepolitik und anderen Infrastruktursektoren angemessen zu erfassen. Voß plädierte für einen Wechsel zu einem Paradigma, das Innovation und Innovationspotentiale im Bereich von Governance ins Zentrum von Analysen rückt, die auf die Gestaltung von Wandel zielen.